

KIRCHEN Teure Alimentierung



Bischofsprozession zur Basilika Vierzehnheiligen in Oberfranken

Staatliche Zuschüsse

19 Milliarden Euro
unter anderem für



konfessionelle
Kindertages-
stätten
3,9 Mrd. €



Religions-
unterricht
1,7 Mrd. €



theologische
Fakultäten,
kirchliche
Hochschulen
509 Mio. €



Kirchen-
personal
459 Mio. €

Quelle: Carsten Frerk,
„Violettbuch Kirchenfinanzen“, 2010

Die deutschen Kirchen, ihre Mitglieder und Wohlfahrtsverbände, erhalten wesentlich höhere staatliche Zuschüsse als vielfach angenommen. Zu diesem Ergebnis kommt der Experte für kirchliche Finanzen, Carsten Frerk, in seiner neuen Publikation „Violettbuch Kirchenfinanzen“, die Mitte dieser Woche veröffentlicht wird. Das Buch dürfte die Debatte um die künftige Finanzierung der Kirchen anheizen. Denn nach Frerks Berechnung betragen die direkten und indirekten Leistungen, die der Staat Katholiken und Protestanten und deren Einrichtungen bisher gewährt, jährlich rund 19 Milliarden Euro. Diese Summe enthält nicht die 9 Milliarden Euro Kirchensteuern und die schätzungsweise 45 Milliarden Euro für Caritas und Diakonie.

Teils geschehe das direkt, wie bei den Zuschüssen der Bundesländer für Bischöfe und anderes Kirchenpersonal, teils indirekt, wie durch Steuerbefreiungen. Allein der Religionsunterricht kostete den Staat im vergangenen Jahr 1,7 Milliarden, theologische Fakultäten und kirchliche Hochschulen weitere 509 Millionen Euro. Mit 3,9 Milliarden finanziert werden christliche Kindergärten. Selbst eine rein kirchliche Unternehmung wie Misereor, das Bischöfliche Hilfswerk, bekam zuletzt 63 Prozent seines 162-Millionen-Etats vom Entwick-

lungsministerium, nur fünf Prozent stammen direkt von der Kirche. Die Bundesländer zahlen zudem „Baulasten“ für den Erhalt von Tausenden Kirchen und Pfarrhäusern. Aufgeschreckt durch die öffentliche Debatte, hatten die katholischen Bischöfe das Thema einer stärkeren Trennung von Staat und Kirche auf ihrer Tagung in Fulda auf das Programm gesetzt. In einem Fachvortrag wurde die Möglichkeit für eine Ablösung von rund 460 Millionen Euro Ansprüchen, teils aus dem 19. Jahrhundert, vorgestellt. Für die Kirche ist das allerdings nur dann vorstellbar, wenn die Bundesländer dafür letztmalig „einen zweistelligen Milliardenbetrag“ zahlen, „damit die Kirchen dann – bei einer Verzinsung von drei bis vier Prozent – den bisherigen Umfang an Staatsleistungen erzielen könnten“.

Angesichts vieler Konfessionsloser wird in Bundesländern wie Sachsen darüber diskutiert, ob eine Co-Finanzierung von Kirchentagen noch angemessen ist. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz möchte, dass die Gespräche über die Staatszuschüsse auf Bundesebene weiter in Gang kommen: „Wir müssen jetzt dringend die rechtlichen Grundlagen schaffen, um die Regeln für die Ablösung der überkommenen Staatsleistungen endlich festzulegen.“

TERRORISMUS

Geringe Sprengkraft

Eine Paketbombe, die Anfang vergangener Woche im Kanzleramt eintraf, war von eher geringer Sprengkraft. Nach Angaben der Polizei enthielt das Päckchen ein Buch mit rotem Einband und griechischer Aufschrift, in dessen hohles Innere ein etwa zehn Zentimeter langer, mit schwarzem Pulver gefüllter zylindrischer Kunststoffgegenstand gebettet war. Bei dem Pulver handelte es sich möglicherweise um ein Perchlorat-Gemisch, wie es auch bei Feuerwerk eingesetzt werden kann. Von dem Pulver führte ein Kabel zu acht 1,5-Volt-Batterien. Eine Wäsche-

klammer, die den Stromkreis unterbrach, sollte beim Öffnen des Päckchens herausfallen und den Stromimpuls geben, um damit das Pulver zu zünden. Nach Einschätzung der deutschen Kriminaltechniker wäre es wohl



Griechische Paketbombe

nicht zu einer Explosion, sondern zu einer Verpuffung mit Stichflamme gekommen. „Die Brisanz dürfte eher im Bereich der Füllung von ‚polnischen Böllern‘ liegen“, heißt es in einer Bewertung des Bundeskriminalamts. Als angeblicher Absender war auf dem Paket das griechische „Wirtschaftsministerium, Generalsekretariat, D. Georgakopoulos“ vermerkt. Experten des Berliner Landeskriminalamts sprengten es mit einem Wassergewehr. Das Paket war von UPS aus Athen nach Berlin geliefert und in der Poststelle des Kanzleramts geröntgt worden. Dabei war den Beamten der Inhalt aufgefallen. Als Urheber werden griechische Anarchisten der Gruppe „Verschwörung der Zellen des Feuers“ vermutet.